



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 21831-33
Fernschreiber 0885890

P/IV/292 - 23. Dezember 1960

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite:

Zeilen:

Sperrfrist: 30. Dezember 1960

1 - 3	<u>1961 - ein Jahr der Entscheidungen</u> Von Erich Ollenhauer, MdB Vorsitzender der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands * * *	90
4 - 5	<u>Ein besonderer Haushaltsplan für Entwicklungshilfe</u> Bisherige haushaltsmäßige Darstellung der Entwicklungshilfe ist unzureichend	59
6	<u>Bonner Druck im Saarland</u> Glockes lenkende Hand...	24
6	<u>Auf des Messers Schneide</u> Die französischen Parteien und das Selbstbestimmungsrecht für Algerien	30
7 - 8	<u>Mehr Schutz dem Verbraucher</u> Zum Inkrafttreten des neuen Lebensmittelgesetzes Von Irma Keilhack, MdB * * *	77

Sperrfrist: 30. Dezember 1960

1961 - ein Jahr der Entscheidungen

Von Erich Ollenhauer, MdB
Vorsitzender der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

An der Jahreswende 1961 fehlt es nicht an Wegzeichen, die den Ablauf des neuen Jahres bestimmen werden. Am Anfang des Jahres übernimmt der neue Präsident der Vereinigten Staaten, der Demokrat Kennedy, sein Amt. Zur gleichen Zeit wird es in dem tragischen, die ganze Welt belastenden Algerien-Konflikt einen neuen Einschnitt geben. Irgendwann im neuen Jahr dürfte es zu neuen internationalen Verhandlungen, vielleicht zu einer neuen Gipfelkonferenz kommen. Immer wieder wird das Jahr 1961 als ein entscheidendes Jahr in bezug auf das Schicksal Berlins und Deutschlands bezeichnet, und im Herbst 1961 werden wir in der Bundesrepublik Deutschland den vierten Deutschen Bundestag wählen. Diese Wahlen werden in jedem Fall als ein wichtiges innen- und außenpolitisches Ereignis gewertet werden. Was sich sonst noch im Schoß der Zukunft verbirgt, welchen Verlauf die Kongokrise nimmt, wie sich die Bemühungen um die Abrüstung entwickeln, das vermag niemand vorauszusagen.

Wir können in dieser Situation nur fragen: Was liegt im Interesse der Zukunft unseres Volkes, und was können wir tun, um eine vernünftige friedliche Lösung der Weltprobleme zu fördern?

Für international kontrollierte Abrüstung

Die zweite Frage ist die brennendste. Werden die Völker und ihre Regierungen einen Weg finden, der zu ersten Schritten einer international kontrollierten Abrüstung und damit zur Entspannung führt? Er kann nur gefunden werden auf dem Weg von internationalen Vereinbarungen, die schrittweise die Rüstung beschränken, ohne die eine Seite gegenüber der anderen zu benachteiligen oder zu bevorzugen. Die Sozialdemokratie hat aus dieser Situation durch ihre Beschlüsse von Hannover die Konsequenzen gezogen. Sie steht zu den Bündnisverpflichtungen der Bundesrepublik. Sie ist gegen die Erweiterung

des Atomklubs und gegen die Ausdehnung der atomaren Bewaffnung, und sie unterstreicht erneut die Vordringlichkeit aller Schritte zu einer international kontrollierten Abrüstung.

Für eine Politik der Entspannung

In diesem Zusammenhang werden vielleicht im neuen Jahr auch die Existenz und die zukünftigen Wirkungsmöglichkeiten der UNO zur Debatte stehen. Ihre friedenssichernde Funktion kann nach den Erfahrungen des letzten Jahres nicht bestritten werden. Ihre Möglichkeiten, für den Frieden zu wirken, internationale Konflikte und Spannungen einzudämmen und zu überwinden, dürfen nicht abgebaut, sondern müssen ausgebaut werden.

Von einer Politik der Entspannung wird auch die befriedigende Lösung des Berlin- und Deutschlandproblems abhängen. Die Freiheit Berlins kann nicht aufgegeben und auf das Selbstbestimmungsrecht des ganzen deutschen Volkes kann nicht verzichtet werden. Der Weg zu diesem Ziel führt nur über internationale Verhandlungen zwischen den Weltmächten und den für das deutsche Schicksal verantwortlichen vier Großmächte. Die Aufgabe der Bundesrepublik muß es also sein, im Zusammenwirken mit den westlichen Alliierten solche Entwicklung anzuregen und zu fördern.

Für den demokratischen und sozialen Bundesstaat

Eine entscheidende Aufgabe des neuen Jahres wird es sein, der Offensive des kommunistischen Blocks auf politischem, wirtschaftlichem und ideologischem Gebiet entgegen zu wirken mit eigenen positiven und konstruktiven Maßnahmen und Plänen. Das gilt nicht nur für die Politik der freien Welt gegenüber den Entwicklungsländern. Das gilt vor allem auch für die Ausgestaltung der inneren Ordnung in den Demokratien selbst.

Die Deutsche Sozialdemokratie hat auf ihrem Hannoverschen Parteitag mit vollem Bewußtsein die Ausgestaltung der Bundesrepublik als demokratischen und sozialen Bundesstaat als eine wesentliche Aufgabe unserer Zeit herausgestellt und die Vorstellungen entwickelt, die nach ihrer Auffassung in der Bundesrepublik verwirklicht werden müssen,

um die Bundesrepublik voll zu einem freiheitlichen, rechtsstaatlichen und sozialen Gemeinwesen zu entwickeln.

Für die gemeinsame Lösung der nationalpolitischen Probleme

Im nächsten Jahr wird es in bezug auf das Schicksal der Bundesrepublik weniger um parteipolitische als um nationalpolitische Probleme gehen. Es wird die Frage sein, wie wir uns in der gegenwärtigen internationalen Situation als Volk und als eine freiheitliche und soziale Gemeinschaft behaupten. Darin wird die große Bedeutung der Auseinandersetzung um die Wahl des neuen Bundestages liegen. Die Sozialdemokratie hat in ihrem "Appell von Hannover" die Grundlinien ihrer Vorstellungen entwickelt. Sie wird die gemeinsamen Aufgaben unseres nationalen Existenzkampfes in den Vordergrund rücken. Sie wird an den guten Willen aller appellieren, die im Innern ein Höchstmaß von Freiheit und sozialer Gerechtigkeit für unerlässlich halten, und sie wird für eine Politik, die den Menschen die Furcht vor Not und Krieg zu nehmen vermag.

Die Aussichten, mit denen das neue Jahr 1961 ins Leben tritt, sind mit vielen dunklen Wolken verhängt. Unsere Überzeugung ist, daß die Schwierigkeiten zu überwinden und die Probleme zu meistern sind, wenn man sie mit neuen Initiativen, mit neuen Männern und mit dem Glauben an die Vernunft und die Einsicht der Menschen anpackt. Wir Sozialdemokraten haben in Hannover durch den "Appell von Hannover", durch die Wahl von Willy Brandt als Bundeskanzlerkandidaten und durch die Herausstellung hervorragender sozialdemokratischer Persönlichkeiten als unsere Mannschaft den Weg gewiesen. Das deutsche Volk ist aufgerufen, durch seine Entscheidung bei den Bundestagswahlen diesen Weg zum Wohle unseres Volkes und im Interesse der Freiheit und des Friedens für alle Völker zu folgen.

Ein besonderer Haushaltsplan für Entwicklungshilfe

Bisherige haushaltsmäßige Darstellung der
Entwicklungshilfe ist unzureichend

Von * * *

Das Thema Entwicklungshilfe rückt immer mehr in den Mittelpunkt des politischen Interesses und man braucht kein Prophet zu sein, um vorauszusagen, daß die Entwicklungshilfe für absehbare Zeit zum beherrschenden Thema der deutschen Politik werden wird und auch werden muß. Maßgebende Vertreter der SPD haben mündlich und schriftlich konkrete Vorschläge zu den Aufgaben und Möglichkeiten der Entwicklungshilfe gemacht.

In diesen Tagen werden nun im Schoße der Bundesregierung nicht zuletzt unter dem Druck außenpolitischer Einflüsse neue Pläne für die Entwicklungshilfe erörtert. Konkrete Einzelheiten sind noch nicht bekannt geworden. Aus den bisherigen Äußerungen sind jedoch Programme in Höhe von mehreren Milliarden D-Mark bereits genannt worden. Diese Planungen der Regierungen werden hoffentlich bald der Öffentlichkeit zugänglich gemacht, denn diese hat einen Anspruch auf frühzeitige Unterrichtung. Die Förderung der entwicklungsfähigen Länder ist eine der Lebensfragen für die Zukunft der Bundesrepublik. Daher ist es notwendig, dass alle politischen Kräfte - nicht nur die Regierungspartei - an der Lösung mitarbeiten.

Die SPD hat schon frühzeitig auf die vor uns liegenden gewaltigen Aufgaben hingewiesen, aber es besteht der Eindruck, dass diese von der Bundesregierung nicht rechtzeitig und nicht mit der nötigen Intensität betrieben werden. Nur so sind die jetzigen panikartigen Planungen der Regierungen zu erklären.

Die bisherige haushaltsmäßige Darstellung der Entwicklungshilfe bestätigt den Eindruck, dass die Fragen der Entwicklungshilfe etwas stiefmütterlich behandelt wurden. Kompetenzstreitigkeiten der Ressorts über die Federführung reichen bis in die Gegenwart. Bei mehreren Ressorts gibt es "Töpfchen", aus denen Entwicklungsaufgaben gefördert

worden, so daß es selbst für Experten schwierig ist, sich einen Überblick darüber zu verschaffen, welche Leistungen aus dem Bundeshaushalt insgesamt für die Entwicklungshilfe aufgebracht werden.

Bei der Verschiedenartigkeit der gegenwärtig erörterten Finanzierungsquellen (Bundesmittel, ERP-Mittel, Ländermittel und Industrieleihen) liegt es nahe, nach dem Muster des ERP-Sondervermögens ein zweckgebundenes Sondervermögen für die deutsche Entwicklungshilfe zu bilden. Die Vorteile eines solchen Sondervermögens liegen auf der Hand. Die gesetzlichen Vorarbeiten sollten daher so schnell wie möglich anlaufen. Hierbei wäre gleichzeitig sicherzustellen, dass das ERP-Vermögen nach und nach in das neue Sondervermögen übergeleitet wird. Von der SPD wurde schon wiederholt darauf hingewiesen, dass es der Bundesrepublik eine Selbstverständlichkeit sein sollte, die Mittel, die sie seinerzeit selbst als Aufbauhilfe empfangen hat, jetzt an andere notleidende Völker weiterzugeben.

Unabhängig von der Frage der Errichtung eines Sondervermögens ist es notwendig, die Veranschlagung der Bundesleistungen für die Entwicklungshilfe bereits im Bundeshaushaltsplan für 1961 zu ändern. Bei der politischen Bedeutung und dem finanziellen Ausmaß der Aufwendungen sollte für den Bundeshaushalt 1961 ein besonderer Einzelplan "Entwicklungshilfe" eingerichtet werden. In diesen wären alle bisher verstreut in den verschiedenen Einzelhaushalten vorgesehenen Ansätze ohne Rücksicht auf Ressortzuständigkeiten zu veranschlagen. So weit mehrere Ressorts die Mittel für die Entwicklungshilfe bewirtschaften sollen, könnten ihnen die entsprechenden Beträge zur Bewirtschaftung zugewiesen werden. Dieses Verfahren wäre nicht neu, es wird in anderen Fällen laufend danach gearbeitet.

Die zentrale Veranschlagung der Entwicklungshilfe in einem besonderen Plan fördert nicht nur die Übersichtlichkeit für die Öffentlichkeit, sie erleichtert auch die parlamentarische Prüfung des Haushaltsplanes.

Bonner Druck im Saarland

sp- Die nun gefallene Entscheidung über die Zusammensetzung der neuen Regierung im Saarland ist nicht in Saarbrücken, sondern in Bonn getroffen worden, obwohl sich zwei Drittel der Saarwähler am 4. Dezember für die Weiterführung der Koalition CDU/SPD ausgesprochen hatten. Dieses klare Votum passte Bonn nicht. Staatssekretär Globke sprach gewisse nicht mit dem Ministerpräsidenten Röder, um mit ihm Höflichkeiten auszutauschen. Ihm ging es darum, die Sozialdemokraten aus der Regierungsverantwortung hinauszudrängen, um durch die Hereinnahme der schwer angeschlagenen Partei des Herrn Schneider (FDP) diese Partei für und nach den Bundestagswahlen stärker an die CDU zu binden. Von einem übergeordneten nationalpolitischen Gesichtspunkt aus ist die an der Saar getroffene "Lösung" zu bedauern. Gerade hier - wie übrigens auch im bedrohten Berlin - schien es geboten, angesichts der aus dem Eingliederungsprozess sich ergebenden Schwierigkeiten alle staatstragenden Kräfte zusammenzufassen. Die CDU stellte aber den Parteiegoismus höher als den Willen zum nationalen Zusammenhalt. Die neue Regierung dürfte wohl kaum eine lange Lebensdauer haben. Sie verfügt im Landesparlament nur über eine Mehrheit von einer Stimme, so dass der Zeitpunkt gewiss nicht allzu fern ist, wo sie sich Unterstützung von den Anhängern des früheren Ministerpräsidenten Hoffmann wird holen müssen. - Die saarländische CDU selbst ist über das erzwungene Ausscheiden nicht froh, aber sie hat sich dem Bonner Zentralismus fügen müssen. Dieser macht rücksichtslos von seiner Macht Gebrauch, missachtet die besondere Aufgabenstellung der Länder, auch wenn dabei höhere Gesichtspunkte zu Schaden kommen. * * *

Auf des Messers Schneide

G.Sch.- Wer hätte sich noch vor einem Jahr träumen lassen, dass General de Gaulle eine eigene algerische Republik in Aussicht stellt und dem französischen Volk die Frage stellt: "Bist Du für das Selbstbestimmungsrecht?" Wer hätte damals gezweifelt, dass die ganze Linke begeistert mit Ja antwortet? Warum zögert sie heute in diesem Entschluss? Als letzte von den grossen Parteien ist die Sozialistische Partei Frankreichs nach reiflicher Überlegung und längeren Beratungen auf ihrem Ausserordentlichen Parteitag mit 66 Prozent bereit, de Gaulles Frage am 8. Januar 1961 mit Ja zu beantworten. *

Die Parteitagsmehrheit will damit de Gaulle gegen die rechtsradikalen Ultras unterstützen und zu Verhandlungen mit den algerischen Nationalisten ermuntern. Das Vertrauensvotum der PSIO beschränkt sich ausdrücklich auf die algerische Bestimmung und bezieht sich keineswegs auf die Gesamtpolitik der gegenwärtigen Regierung, insbesondere nicht auf ihre Sozialpolitik, ihre Verfassungspolitik und ihre Schulpolitik. Neun Prozent der Parteitagsdelegierten erklärten sich mit dem früheren Sahara-Minister Lejenne weiterhin für die "Beibehaltung Algeriens in der französischen Republik" und 25 Prozent waren mit dem ehemaligen Arbeitsminister Gazier als entschiedene Anhänger der algerischen Selbstbestimmung für den Boykott des Referendums, welche jedes Vertrauen zu de Gaulle verloren haben und ihm nicht neue Vollmachten geben möchten.

Von den grossen französischen Parteien empfehlen nunmehr drei das Ja-Votum: Gaullisten (UNR), die Volksrepublikaner (MRT) und die Sozialisten. Vier Parteien sagen Nein: Die Kommunisten, die Radikalen, der Nationale Block (Soustelle) und die Konservativ-Rechtsunabhängigen. Zählt man die Stimmen aller dieser Parteien nach den letzten Wahlen, so ergäbe sich für de Gaulle eine sehr knappe Ja-Mehrheit. Eine Volksbefragung ist aber mit einer Parlamentswahl nicht gleichzustellen. Schliesslich wird jeder Wähler nach eigenem Gewissen entscheiden. Frankreichs Schicksal befindet sich wieder auf des Messers Schneide.

Mehr Schutz dem Verbraucher

Von Irma Keilhack, MdB

In der Zeit, in der eine Serie von Lebensmittelkandalen die Empörung der Verbraucher hervorrief - vor knapp drei Jahren also - wurde im Bundestag ein neues Lebensmittelgesetz erarbeitet, das in der breiten Öffentlichkeit mit grossem Interesse und sehr präzisen Wünschen begleitet wurde. Der Schutz vor gesundheitlicher Schädigung und vor Täuschung standen im Vordergrund.

Durch das Gesetz, das am 23. Dezember 1960 verkündet wurde, sind künftig nur Zusatz- und Fremdstoffe in Lebensmitteln, sowie Behandlungsverfahren erlaubt, die nach wissenschaftlicher Einsicht als "gesundheitlich unbedenklich" angesehen werden können. Es bestimmt ferner, daß auch diese Stoffe für den Käufer erkenntlich gemacht werden müssen. Er soll wissen, was er kauft und in der Lage sein, gewisse Zusätze und Verfahren zu vermeiden, die für ihn aus speziellen gesundheitlichen Gründen abträglich sein könnten. Das Gesetz bestimmt u. a., daß gewisse Werbebegriffe (wie "rein, naturrein, natürlich") nicht mehr verwendet werden dürfen, wenn Lebensmittel mit Fremdstoffen versetzt worden sind. Weitere Bestimmungen enthalten das Verbot von Schädlingsbekämpfungsmitteln, Vorratsschutz- und Pflanzenschutzmitteln, wenn sie nicht in Art und Menge durch Verordnungen der Regierung ausdrücklich zugelassen sind.

Das Lebensmittelgesetz wurde bei den Verbrauchern mit Beifall und Erleichterung aufgenommen. Auch die Ernährungswirtschaft fand sich damit ab, nachdem sie vorher erhebliche, sichtbare und unsichtbare Beeinflussungsversuche aufs Parlament unternommen hatte. Besonders ungehalten waren diese Wirtschaftskreise über die Kennzeichnungspflicht, die ihr ausgesprochen unbequem ist.

Im Lebensmittelgesetz sind verschiedene Übergangsfristen festgelegt, bevor es in vollem Umfang verbindlich wird. Jetzt, nach dem 23. Dezember dieses Jahres, tritt die letzte Stufe dieser Fristen in Kraft. Von diesem Tage an ist es untersagt, die nach den alten lebensmittelrechtlichen Bestimmungen produzierten Waren noch zu verkaufen! Die Herstellung ist schon seit einem Jahr nicht mehr zulässig. Von diesem Tage an müssen ferner die Fremdstoffe in sämtlichen Lebensmitteln gekennzeichnet werden. Das geschieht auf folgende Weise:

Farbstoff-Zusätze erhalten die Bezeichnung: "Mit Farbstoff". Konservierungsmittel "Mit Konservierungsstoff Nr...". Zugelassen sind vier

Konservierungsstoffe, deren chemische Namen aus Gründen der Übersichtlichkeit auf dem Preisschild mit einer Zahl, und auf einem gesonderten Aushang mit ihren vollen Bezeichnungen aufgeführt werden. Die Konservierung mit Hexamethylentetramin (Hexa) dagegen, die nur noch ein Jahr erfolgen darf, muss in vollem Wortlaut angezeigt werden. Citrusfrüchte werden wie bisher deklariert, nämlich mit dem Zusatz "Schale nicht zum Verzehr geeignet", wenn sie behandelt sind. Andere Beimischungen und Behandlungsverfahren müssen nach genauer Anweisung durch eine Regierungsverordnung gekennzeichnet werden.

Die Verbraucher werden durch Presse, Rundfunk und sonstige Publikationsmittel in der nächsten Zeit zweifellos in großem Umfang darüber unterrichtet werden. Bei losen Lebensmitteln erfolgt die Deklaration auf den Preisschildern, bei verpackten auf der Packung in Verbindung mit der Inhaltsangabe. Alte Packungen dürfen jedoch noch bis zum 30. Juni 1961 verkauft werden, wenn sie wie lose Ware gekennzeichnet sind. Das ist ein besonderes Entgegenkommen an den Handel. In Gaststätten, Kantinen, Konditoreien usw. muss ein Hinweis auf den Speisekarten, Preisverzeichnissen o.ä. erfolgen. Bei Konservierungsmitteln-Verwendung ist es nur nötig, wenn davon mehr als eine bestimmte Höchstmenge verwendet wurde, was sehr oft nicht der Fall sein wird. Über die Deklarationspflicht hat es bereits im Bundesparlament harte Auseinandersetzungen zwischen den Abgeordneten gegeben. Dort mussten die Interessen der Verbraucher gegen die eigenmächtigen Forderungen der Wirtschaft schon energisch vertreten werden. Die Kennzeichnung wurde glücklicherweise durchgesetzt und damit ein erheblicher Schutz des Verbrauchers geschaffen.

Die Deklaration dient der Marktübersicht des Konsumenten, wie es auch die Handelsklassenverordnungen und Gütebezeichnungen für viele Nahrungsmittel des täglichen Bedarfs bewirken. In einer Reihe europäischer und außereuropäischer Staaten ist übrigens bereits die volle Deklaration von Lebensmitteln lange üblich und auch von der Wirtschaft nicht mehr umstritten. In der Bundesrepublik dagegen läuft zur Zeit wieder einmal eine von Interessenten gelenkte Meinungsbeeinflussung, die den Verbraucher irrtümen und die Bestimmungen des neuen Lebensmittelgesetzes diskreditieren soll.

Kein Verbraucher - und sind wir es nicht alle? - sollte sich davon beeindrucken lassen. Vielleicht bewirkt das neue Gesetz sogar, daß die Ernährungswirtschaft nicht nur recht bald immer weniger Gebrauch von chemischen Zusatzstoffen und Behandlungsverfahren macht, sondern sich laufend um eine immer bessere Rohstoffqualität und natürlich Haltbarkeitsverfahren bemüht. Auch eine Volldeklaration von Lebensmitteln wäre eine wünschenswerte Entwicklung.

Die Wirtschaft sollte den Verbraucher nicht unterschätzen. Er möchte durchaus wissen, was er ißt. + + +